

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1915

196 (24.8.1915)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementspreis: Zugestellt monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 65 P.; am Postkassaltr. 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 7/8 Uhr. Postfachkonto Nr. 2660. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 S. Lokalmerate billiger. Schluß d. Inseratenannahme 3/8 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittag zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gsch & Cie., Karlsruhe.

Reichstagsfraktion und Parteiausschuß

haben sich in gemeinsamer Sitzung am 14., 15. und 16. August mit der Frage der Kriegskredite beschäftigt. Die Besprechung ist mit Referaten der Genossen David und Bernstein eingeleitet worden. Beide Referenten legten Leitsätze vor, die der Verhandlung zugrunde gelegt wurden. In getrennter Abstimmung wurden von beiden Körperschaften nachfolgende

Leitsätze zur Friedensfrage

beschlossen:

In Wahrnehmung der nationalen Interessen und Rechte des eigenen Volkes und in Beachtung der Lebensinteressen aller Völker erstrebt die deutsche Sozialdemokratie einen Frieden, der die Gewähr der Dauer in sich trägt und die europäischen Staaten auf den Weg zu einer engeren Rechts-, Wirtschafts- und Kulturge-meinschaft führt. Demgemäß stellen wir folgende

1. Die Sicherung der politischen Unabhängigkeit und Unversehrtheit des Deutschen Reiches heißt die Abweisung aller gegen seinen territorialen Machtbereich gerichteten Eroberungsziele der Gegner. Das trifft auch zu für die Forderung der Wiederangliederung Elsaß-Lothringens an Frankreich, einerlei, in welcher Form sie erstrebt wird.

2. Zwecks Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklungsfreiheit des deutschen Volkes fordern wir:

„Offene Türen“, d. h. gleiches Recht für wirtschaftliche Betätigung in allen kolonialen Gebieten;

Aufnahme der Weisbegünstigungsklausel in die Friedensverträge mit allen kriegführenden Mächten;

Förderung der wirtschaftlichen Annäherung durch möglichst weitestgehende Zoll- und Verkehrsvereinfachungen;

Ausgleichung und Verbesserung der sozialpolitischen Einrichtungen im Sinne der von der Arbeiterinternationale erstrebten Ziele;

Die Freiheit der Meere ist durch internationalen Vertrag sicherzustellen. Zu diesem Zweck ist das Seebrennrecht zu beseitigen und die Internationalisierung der für den Weltverkehr wichtigen Meerengen durchzuführen.

3. Im Interesse der Sicherheit Deutschlands und seiner wirtschaftlichen Betätigungsfreiheit im Südosten weisen wir alle auf Schwächung und Zertrümmerung Oesterreich-Ungarns und der Türkei gerichteten Kriegsziele des Vorkriegs ab.

4. In Erwägung, daß Annektionen volksfremder Gebiete gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker verstoßen und daß überdies durch sie die innere Einheit und Kraft des deutschen Nationalstaates nur geschwächt und seine politischen Beziehungen nach außen dauernd aufs schwerste geschädigt werden, bekämpfen wir die darauf abzielenden Pläne kurzfristiger Eroberungspolitik.

5. Die fürchterlichen Leiden und Zerstörungen, die dieser Krieg über die Menschheit gebracht hat, haben dem Ideal eines durch internationale Rechtsinrichtungen im Wege dauernd gesicherten Weltfriedens die Herzen von neuen Millionen gewonnen. Die Erstrebung dieses Zieles muß als höchstes sittliches Pflichtgebot für alle gelten, die an der Gestaltung des Friedens mitzuwirken berufen sind. Wir fordern darum, daß ein ständiger internationaler Schiedsgerichtshof geschaffen werde, dem alle zukünftigen Konflikte zwischen den Völkern zu unterbreiten sind.

Die neuen Kriegskredite.

Von Dr. Paul Lensch.

Und wiederum hat die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages beschlossen, den neuen Kriegskrediten zuzustimmen. Seit Monaten war die Opposition eifrig an der Arbeit, die Partei zu einem anderen Entschluß zu bringen. Im Offenen und noch mehr im Geheimen ließ sie alle Mienen springen, offenbar von einer Zentralstelle aus; wie der Parteiausschuß in seiner Erklärung vom 1. Juni feststellte, wurde eine unterirdische Ministerarbeit geleitet, die darauf hinauslief, die Parteio rganisation von innen anzugreifen, um der Parteimehrheit den Willen der Minderheit aufzuzwingen. Am 9. Juni erschien das bekannte Flugblatt, gerichtet an den Vorstand der sozialdemokratischen Partei und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, in dem offen der Bruch mit der bisherigen Politik verlangt wurde. Zehn Tage später, am 19. Juni, veröffentlichte der Vorsitzende der Partei und der Fraktion, Genosse Gause, im Verein mit den Theoretikern Rausch und Bernstein sein Pronunziamento: „Das Gebot der Stunde“, das ebenfalls der Sache nach darauf hinausging, die Partei zu einem „entscheidenden

Schritt“, das heißt, zur Ablehnung der Kredite zu bringen. In der ausländischen Parteipresse, in der „Berner Tagwacht“ ganz besonders, erschienen die wütendsten und nichtswürdigsten Angriffe auf die deutsche Sozialdemokratie, und deutsche Genossen waren es, Mitglieder der deutschen Partei, wie die „Berner Tagwacht“ jedesmal von neuem konstatierte, die diese anonymen Angriffe in die Auslandspresse langierten. Da wurden Vorgänge aus vertraulichen Kommissionssitzungen des Reichstages mitgeteilt, da wurden private Verurteilungen der Genossen, die sie in den Wandelgängen des Reichstages hatten fallen lassen, im Ausland übermittelt, Vorgänge bei internen Beratungen der Parteiführerschaften waren zwei Tage später in der „Berner Tagwacht“ bössartig entstellte zu lesen, selbst für die bedauerliche Verhaftung der Genossen Zellin machte man die Parteimehrheit verantwortlich, diese Verhaftung sei ihr Werk. In den Kreisen der Minorität wurde ein Geheimprotokoll der seit Kriegsbeginn abgehaltenen Fraktionsitzungen verbreitet. Der Parteivorstand sah sich gezwungen, mit Protesten hervorzutreten und mehrere Aufrufe zu veröffentlichen. Die Erregung in den Kreisen der Partei hatte eine kritische Temperatur erreicht.

Und man muß gestehen, daß viele Momente der innerpolitischen Situation der Minorität zur Hilfe kamen. Der schamlose Verrat von Spekulanten und Glücksrittern desto größere Schärfe einflößte, je höher das Glend der Volksmassen stieg, die Schwierigkeit der Lebensmittelversorgung, die Gefahr der Unterernährung, der Arbeitslosigkeit, des Mangels an Rohmaterialien besonders in der Textilindustrie, die stets zunehmende Zahl der Witwen und Waisen, der Kriegstrümpel, Invaliden und Verwundeten, der Belagerungszustand, die Pestur, — alles das schaffte eine Atmosphäre, die den mit vollen Händen ausgestreuten Keimen der Minorität üppiges Gedeihen verleiht. Dazu kamen noch die immer offener ans Licht tretenden Annerionsabsichten einflußreicher Kreise, deren Gefährlichkeit man noch durch die wahrheitswidrige Behauptung zu verstärken suchte, daß der Reichstanzler mit diesen Annerionsabsichten völlig einverstanden sei. Wer diesem Gerücht entgegentrat, wurde als Sozialimperialist oder am besten gleich selber als schrankenloser Annerionspolitiker gebrandmarkt.

So war in der Tat die Situation für die Minorität außerordentlich günstig. Und sie war sich der Gunst der Stunde voll bewußt. Jetzt oder nie! war ihre Parole und sie handelte demgemäß. Jetzt im August, jetzt, wo neue Kriegskredite zu bewilligen waren, jetzt sollte die Entscheidung fallen. Die militärischen Erfolge Deutschlands! Ganz recht! Aber waren sie nicht gerade ein Beweis dafür, daß Deutschland einen wüsten Eroberungskrieg führe, den man vom sozialdemokratischen Standpunkt aus unmöglich gutheißen könne?

Und der Erfolg von alledem? — Er war vollkommen ausbleiben. An der geschlossenen Mehrheit der Fraktion waren alle diese Treibereien glatt zu Boden gefallen. Unersehenermaßen ging sie aus der kritischen Situation hervor, die Minderheit hatte kaum ihren vollen Bestand vom März aufrecht erhalten können. In dreitägigen gemeinsamen Beratungen von Reichstagsfraktion und Parteiausschuß, die sich mit der Frage der Kriegskredite und Friedenswünsche beschäftigten, trat offen zu Tage, daß die berufenen Vertreter der deutschen Sozialdemokratie nach wie vor fest entschlossen sind, an der Politik des 4. August festzuhalten und sich der Verantwortung für diese Politik nicht unter irgend welchen Vorwänden zu entziehen. Noch kämpft das deutsche Volk um seine Existenz, noch ist keiner der zahllosen Gegner zum Frieden geneigt, noch ist das Ziel der Sicherung nicht erreicht. Keine der Voraussetzungen, die in der Fraktionsklärung vom 4. August genannt waren, sind bisher erfüllt und damit war die Haltung der Partei im Grunde entschieden. Aber daß diese Entscheidung mit der Wucht einer mehr als Zweidrittelmehrheit gefällt wurde, das ist das politisch Wertvolle und Bedeutsame an ihr. Diese Tatsache wird ihres Eindringens bei den schwankenden Elementen in der Partei nicht verfehlen und wird gerade dadurch zur Seelung des Parteiführers beitragen. Was war es denn, was so stark die innere Unruhe, die Unsicherheit, das Unbehagen innerhalb der Partei vermehrte? Es war die fehlende Sicherheit, ob die Partei allen diesen Treibereien gegenüber und angesichts der so schwierigen innerpolitischen Lage ihren Standpunkt vom 4. August aufrechterhalten werde oder nicht. Die Disziplinwidrigkeiten häuften sich, innere Ferkungserscheinungen schienen umso größeren Umfang anzunehmen, je mehr sie selber im Verborgenen blieben und der öffentlichen Kritik entzogen waren, am Parteivorstand bemerkte man die feste Hand und das frische Auge, war er doch selber innerlich gequalten. Eine mühsame Stille zog da ein, wo sonst die scharfe Zugluft freier Ausdrucks geberdicht hätte, der Belagerungszustand mit seinen Mühen und Tücken machte sich in einem für die Partei gefährlichem Maße bemerkbar. In dieser Lage wirkte die gemeinsame Beratung von Parteiausschuß

und Reichstagsfraktion und die ihr folgende Beschlußfassung über die neuen Kriegskredite wie das Aufreißen eines Fensterflügels: es kam wieder frische Luft ins Gebäu, man hatte sich ausgesprochen und in der Ueberzeugung gestärkt: wir bleiben die Alten! Die Entscheidung war gefallen und damit war wieder klare Bahn geschaffen.

Und gerade auf dem Boden dieser Entscheidung, die die deutsche Sozialdemokratie nach wie vor an der Seite des deutschen Volkes findet, kann die Partei mit umso größerer Wucht alle die Mißstände bekämpfen, unter denen die Massen zurzeit leiden. Je klarer die Partei es ausspricht, daß die Interessen der deutschen Arbeiterklasse mit einem Siege der deutschen Waffen zusammenfallen, und daß sie gerade aus diesem Klasseninteresse heraus unerschütterlich festhalten wird an der Politik des 4. August, desto schwerer fällt das Gewicht ihrer Stimme in die Waagschale, wenn es gilt, die schwer bedrohten Interessen der unbemittelten Klassen zu vertreten. Und hier wird die Partei wahrlich Arbeit in Hülle und Fülle finden. Gerade die Leute, deren Treiben hier in erster Linie zu bekämpfen ist, die an der schonungslosen Ausplünderung der Massen ein berufsmäßiges Interesse haben, gerade sie hätten es gern gesehen, wenn die deutsche Sozialdemokratie in der Frage der Kriegskredite anders beschloffen hätte. Hätte die Partei in dem Niefenkampf des deutschen Volkes um sein Leben sich isoliert — sie hätten Bravo geschrien! Denn dann wäre die Stimme der Sozialdemokratie im Kampfe für Brot und Freiheit wirkungslos verhallt wie der Windstoß, der durch den Rauchfang zieht.

Auf dem Wege zur Reorientierung der inneren Politik.

Man schreibt uns aus Berlin:

Es ist hinreichend bekannt, wie ungerecht es empfunden wurde und wie verbitternd es wirkte, daß die Gewerkschaften von den Verwaltungsbehörden und in der Rechtsprechung vielfach als politische Vereine betrachtet wurden und danach den Beschränkungen unterworfen wurden, die für die politischen Vereine in Deutschland trotz der Verbesserungen des Vereinsgesetzes von 1908 noch immer beibehalten sind. Bei der unergleichlichen Bedeutung, die die Gewerkschaften für den Emanzipationskampf der Arbeiterklasse im allgemeinen und für die Eroberung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen im besonderen besitzen, war es daher seit langem Kampf und Sehnsucht der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, diesem Zustand ein Ende zu machen. Dieser Zustand war übrigens um so ungerechter, als er im Gelehe selbst eigentlich nicht begründet war. Auch die Reichsleitung hatte bei der Beratung des Entwurfs zum Vereinsgesetz im Jahre 1908 und auch später durch unzweideutige Erklärungen im Reichstage den Standpunkt vertreten, daß ein Berufsverein, der sich in den Grenzen der ihm durch § 152 der Gewerbeordnung gestellten Aufgaben hält, kein politischer Verein sei, auch dann nicht, wenn er sich bei etwaigen politischen Erörterungen auf die gesetzgeberischen Angelegenheiten beschränkt, die mit seinem Geschäftsbereiche nach Maßgabe des § 152 der Gewerbeordnung in unmittelbarem Zusammenhange stehen. Mit dieser Stellungnahme der Reichsregierung hat sich, wie gesagt, aber die Praxis der Verwaltungsbehörden und die Rechtsprechung nicht im Einklang befunden. Als nun von Beginn des Kriegs an mit erneuter Kraft die Gleichheit aller Parteien in der Verwaltung und vor dem Gesetz verlangt und als eine Selbstverständlichkeit betrachtet wurde, haben Sozialdemokratie und Gewerkschaft u. a. auch sofort auf eine klare und unzweideutige gesetzliche Abänderung dieses Zustandes gegenüber den gewerkschaftlichen Berufsvereinen gedrängt. Der Reichstag hat dann eine Kommission für die Abänderung des Vereinsgesetzes eingesetzt, die in erfreulicher Weise unseren Wünschen durchaus entgegengekommen ist. In diesen Verhandlungen ist nun aber schon jetzt eine Erklärung der Reichsregierung, die sie durch den Ministerialdirektor Lewald in der Sitzung der Kommission vom 20. August 1915 abgeben ließ, von ausschlaggebender Wichtigkeit. Danach ist die Reichsleitung nun bereits in eine Prüfung der Frage eingetreten, welche gesetzgeberischen Maßnahmen zu ergreifen sein werden, um den Gewerkschaften — wir zitieren wörtlich — entsprechend ihrer Bedeutung im öffentlichen und wirtschaftlichen Leben, auf dem Gebiete des Vereinswesens die nötige Freiheit zur Betätigung ihrer berechtigten wirtschaftlichen und Wohlfahrtsbestrebungen zu sichern, zumal die Gewerkschaften sich von Beginn des Kriegs an — wir zitieren immer wörtlich — „in uneigennützigster und aufopfernder Weise in den Dienst der Aufgaben gestellt haben, die das Wohl des Vaterlandes, seine äußere und innere Wehrhaftmachung erheischt“. Diese Erklärung bedeutet ganz zweifellos den ersten praktischen Fortschritt in der Reorientierung unserer inneren Politik, zumal die berechtigten Hoffnungen besteht, daß dieser angekündigte Gesetzentwurf, wenn nicht noch in dieser Tagung, so sicher in der Herbstsession, zur Vorlage und, woran nicht zu zweifeln ist, auch zu Gesetzeskraft kommen wird.

Deutscher Reichstag.

22. Berlin, 23. Aug. Im Bundesratlich die Staatssekretäre Dr. Delbück und Dr. Visco, ferner Dr. Bum...

Präsident Dr. Kämpf eröffnet um 2,14 Uhr die Sitzung. Eine Vorlage ist eingegangen auf Vertagung des Reichstags bis zum 30. November 1915. — Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Beratung des Gesetzes betreffend den Schutz von Berufsstrahlen und Berufsabzeichen für die Tätigkeit in der Krankenpflege. Hierzu liegt ein Antrag des Abg. Wrenndt (Npt.) vor, dieses Gesetz am 1. Oktober 1915 in Kraft treten zu lassen. Das Gesetz wird in dieser Fassung ohne Debatte in zweiter und dritter Lesung angenommen das Gesetz betreffend Änderung des Reichsmilitärgesetzes, sowie das Gesetz betreffend Änderungen der Wehrpflicht vom 11. Februar 1888. Darauf wird die Debatte über die Resolutionen und Anträge der Budgetkommission betreffend Ernährungsfragen fortgesetzt.

Abg. Dr. Boehme (Natl.) dankt der Wirtschaftspolitik Deutschlands, die gegenüber früheren Zeiten erheblich unabhängiger vom Auslande, namentlich von Rußland, geworden ist. Die Fleischpreise sind nicht viel höher, als in manchen früheren Friedenszeiten. Die bevorstehende Ernte wird gut sein und von der Ausdehnungspolitik spricht im Ernst kein Gegner mehr. Man sollte die Futtermittel, besonders die Kleie, nach den Viehbeständen verteilen. Die Bestimmungen über die Beschlagnahme und Ablieferung der Gerste führen zu lebhaften Klagen der Kleinrentner. Meine politischen Freunde haben in der Kommission die Festsetzung von Höchstpreisen für Saatgut beantragt, um den Wucherpreisen entgegen zu wirken. Wo es notwendig ist, müßte auch Beschlagnahme eintreten. Viele Klagen werden wieder laut über Mißstände. Es müßte belordlicherseits der Abschluß des Wildes umgeordnet werden. Gegen den Wucher mit Lebensmitteln muß in schärfster Weise vorgegangen werden. Wir danken dem Staatssekretär für seine Anerkennung der großen Opfer, die besonders die dabei geliebten Frauen und die Bauern bringen. Noch größeren Dank wird er beim Volke erhalten, wenn er dafür sorgen würde, daß gerade den ärmeren Volksteilen die Lebensmittel zu mäßigen Preisen zur Verfügung ständen. (Bravo!)

Abg. Arnstadt (Natl.): Wir wollen keine höheren Preise für Getreide, da wir in uns die Pflicht fühlen, das Volk mit billigen Nahrungsmitteln zu versorgen. Die Volksernährung ist allerdings gesichert. Schlimmer steht es jedoch mit der Viehhaltung, weil die Futtermittel knapp sind. Trotzdem fordern wir keine Höchstpreise. Der nationalliberale Antrag auf Höchstpreise für Saatgetreide dürfte bei seiner Ausführung auf große Schwierigkeiten stoßen. Im Ausland sind die Brotpreise wesentlich höher als im Inland. Wir müssen fordern, daß keine Höchstpreise für Kartoffeln festgesetzt werden. Sowie wie möglich müssen Kartoffeln geschrotet werden, um für Menschen und Vieh genügende Mengen zu erhalten. Der Zuckerrübenbau muß wegen Mangels an Stickstoffdüngern und Arbeitskräften wesentlich eingeschränkt werden. Dem fruchtbringenden Antrag auf Aufhebung des Höchstpreises können wir nicht zustimmen. Es gilt für uns auch im zweiten Kriegsjahre auszuhalten. (Beifall rechts.)

Abg. Frhr. v. Gamp (Npt.): Ein bisher noch nicht genannter Grund für die Lebensmittelerhöhung ist die Teuerung des Geldes. Die Landwirtschaft kann stolz darauf sein, daß es ihr gelungen ist, zu immerhin mäßigen Preisen — im Ausland steht es viel schlimmer — die Volksernährung sicher zu stellen. Es muß gefordert werden, daß die Kommunen wie Kartoffeln so auch Fleisch und Fett aufzukaufen haben. Ein oder zwei Fleischschlächtere wären sehr wohl durchzuführen. Durch das Fehlen der seitbildenden Futtermittel sind die gesteigerten Milch- und Futtermittelpreise gerechtfertigt. Es wäre wünschenswert, daß die Arbeitgeber alles tun, um den weniger Bemittelten ausreichende Lebensmittel zu mäßigen Preisen zu beschaffen.

Interstaatsekretär Michaelis: Es ist selbstverständlich, daß der Mehlpreis so niedrig wie möglich sein muß. Deshalb wird mit Recht darauf hingewiesen, daß die Spannung zwischen dem Preise des Mehls und dem des Getreides jetzt viel größer ist, als in Friedenszeiten. Der Getreidepreis im Frieden ist ein Maßstab, des Produzenten, so daß die Transportkosten dazu geschlagen werden müssen. Dazu kommen die Lagerpreise, da die Weidgenossenschaft das Getreide kauft mit der Aussicht, es bis zum August nächsten Jahres zu lagern. Die verschiedenen Umlosten müssen somit von uns in den Preis hineinkalkuliert werden. Sollte es sich herausstellen, daß der Mehlpreis zu hoch ist, so wird eine Herabsetzung erfolgen.

Abg. Segis (Soz.): Für Lebensmittel werden geradezu Phantasiapreise gefordert. Die Strafen für Lebensmittelwucher sind viel zu niedrig. Mit allen Mitteln müsse dagegen vorgegangen werden. Anträge behalten wir uns vor.

Abg. Dr. Pfleger (Zent.): Besonders notwendig ist der oberbayerische Hopfenbau. Für Malz müssen Höchstpreise geschaffen werden, sonst nimmt der Wucher überhand. Warum müssen all die Gesellschaften, die auf Anregung der Regierung entstanden sind, ihren Sitz gerade in Berlin haben? Gar man mit den bisherigen Genossenschaften, besonders mit der Getreidegenossenschaft, so gute Erfahrungen gemacht, daß man immer wieder neue Gesellschaften gründet? Bei der Getreidegenossenschaft sind sogar 80 Prozent der Angehörigen, die als unzulänglich rekrutiert wurden, feldunfähig. (Gut, gut!) Sie hätte um Annahme unseres Antrages auf unbedingte Festsetzung von Höchstpreisen für Braugerste, Braumalz und Braunkontingente.

Darauf wird die Weiterberatung auf Dienstag, 24. August, aufmontags 8 Uhr, vertagt, außerdem Antrag auf Vertagung des Reichstags bis zum 30. November. — Schluß nach 6 1/2 Uhr.

Vom westlichen Kriegsschauplatz.

Der französische Bericht.

Paris, 23. Aug. Amtlicher Bericht von gestern nachmittags 8 Uhr: Im Artois nördlich Combaux wurde ein von schwachen Kräften ausgeführter deutscher Angriffsvorstoß leicht und schnell angefaßt. Im Gebiet von Hoy's heftige beiderseitige Kanonade. In den Vogesen griff der Feind unsere Stellungen auf dem Stamme von Combernon an. Er wurde vollkommen geschlagen. Auf dem Gelände, das wir am 18. August in dieser Gegend erobert haben, zählten wir Hunderte von toten Deutschen. Auf der übrigen Front verlief die Nacht ohne Zwischenfall.

Paris, 23. Aug. Amtlicher Bericht von gestern abend 11 Uhr: Im Artois, besonders in der Gegend von Reuville und Poctincourt, lebhafteste Tätigkeit der feindlichen Batterien, die von unserer Artillerie heftig bekämpft wurden. Gegenständig lebhafteste Kanonade im Gebiet von Hoye, dem Plateau von Courvaivres, an der Aisnefront und um Verme. In den Vogesen meldet man nur Kämpfe mit Schützentruppen, besonders im Courchausse. Im Westen nördlich Ploisy Kämpfe mit Bomben und Handgranaten. In den Vogesen im Bezugsgebiet einfache Kanonade.

Tagesbericht der obersten Heeresleitung

Großes Hauptquartier, 23. Aug., vormittags. (22. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heute früh erschien eine feindliche Flotte von etwa 40 Schiffen vor Zeebrügge, die, nachdem sie von unserer Küstenartillerie beschossen wurde, in nordwestlicher Richtung wieder abdampfte. In den Vogesen sind nördlich von Münster neue Kämpfe in der Linie Lingelkopf-Schrammühle-Barrenkopf im Gange. Starke französische Angriffe führten gestern abend teilweise bis in unsere Stellungen. Gegenangriffe warfen den Feind am Lingelkopf wieder zurück. Am Schrammühle und Barrenkopf dauerten heftige Nahkämpfe um einzelne Grabenstübe die ganze Nacht an. Etwa 30 Alpenjäger wurden gefangen genommen. Bei Wabrin (südwestlich von Lille) wurde ein englisches Flugzeug heruntergeschossen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg. Die Truppen des Generalobersten v. Eichhorn sind östlich und südlich von Nowo im weiteren Vordringen. Am 19. v. v. besetzten wir die von den Russen geräumte Festung Ossowiez. Nördlich und südlich von Tschocin fanden erfolgreiche Gefechte statt. Tschocin wurde genommen. Es fielen dabei

1200 Gefangene (darunter 11 Offiziere)

und 7 Maschinengewehre in unsere Hand. Nördlich von Bielsk mislangen verzweifelte russische Gegenstöße unter sehr erheblichen Verlusten für den Gegner. Südlich dieser Stadt ging es vorwärts.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern.

Die Heeresgruppe hat unter hartnäckigen Kämpfen die Linie Leszczce-Ragna überschritten und ist im weiteren günstigen Angriffe. Es wurden

3050 Gefangene gemacht

und 16 Maschinengewehre erbeutet.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen.

Der Übergang über den Pulwa-Abschnitt ist auf der Front zwischen Ragna und der Mündung nach festigem Widerstande gelungen. Der Angriff über den Bug oberhalb des Pulwa-Abschnittes macht Fortschritte. Vor Brest-Litowsk ist die Lage unverändert. Weiter südlich bei Siczka-See und bei Bisszka (östlich von Mlobawa) wurde der Feind gestern geschlagen und nach Nordosten zurückgetrieben.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichisch-ungarische Tagesbericht.

Wien, 23. Aug. Amtlich wird verlautbart vom 23. August, mittags:

Russischer Kriegsschauplatz.

Ostlich der untern Pulwa und der von Riasno nach Norden führenden Eisenbahnlinie ist ein Kampf von großer Heftigkeit im Gange. Der Feind verteidigt jeden Fuß breit Boden aufs zäheste, wurde aber entlang der ganzen Front an vielen Punkten geworfen, wobei zahlreiche Gefangene in unsere Hände fielen. Besonders heftig kämpften unsere siebenbürgischen Regimenter bei den nördlich von Riasno gelegenen Dörfern Gola und Suhodol. Das Infanterieregiment Nr. 64 nahm bei der Erstürmung einer von russischen Grenadieren verteidigten Schanze die aus 7 Offizieren und 200 Mann bestehende Besatzung gefangen und erbeutete 7 Maschinengewehre.

Vor Brest-Litowsk nichts Neues. Ostlich Mlobawa drangen deutsche Truppen über die Seenzone hinaus. Im Raum Wladimir-Wolynsk schoben wir unsere Sicherungen bis gegen Turysk vor. Die Russen wurden zurückgetrieben. In Ostgalizien herrscht Ruhe.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs: v. Höfer, Feldmarschalleutnant.

Vom östlichen Kriegsschauplatz.

Ein russischer Trost.

Petersburg, 23. Aug. (Nicht amtlich.) Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur. Ueber die Klammung von Nowo und den wahrscheinlichen Verlust von Nowo Georgiewsk wird von zuständiger Seite angeführt: Wie betrübend auch die neuen Prüfungen für russische Herzen sind, so muß man doch zugeben, daß die Macht der modernen Artillerie jede Dedung für die Verteidigung einer Festung illusorisch macht, derart, daß nicht nur die Feldbesatzungen, sondern selbst dauerhafteste Festungswerke machtlos sind, ihre zerstörende Kraft zu hemmen. Mit der mächtigen Artillerie erfordert ein plötzlicher Angriff auf eine Festung keine große Kunst, sondern nur eine Anzahl Geschütze des neuen mächtigen Typs, vorausgesetzt, daß man reichlich Munition hat und ungeheure Opfer an Kanonenfutter bringt. Diese Bedingungen entscheiden fast den Erfolg, so wie es die Erfahrung bei den belagerten und russischen Festungen zeigt. In Zukunft sind Festungen nur noch in Verbindung mit den Operationen der Feldtruppen zu gebrauchen, wie es die Beispiele des langen Widerstandes von Djowic und Verbun zeigen. Während der verflochtenen Periode künftigen und Nowo Georgiewsk und Nowo einen großen Dienst als Stützpunkt für unsere Reserven an der Weichsel, dem Niemen und Dniemen. Ihre Vernichtung ist ein Opfer einer überlegenen artill.

kerischen Vorbereitung des Feindes. Jetzt erkennt jeder durch den Augenschein, wie vernünftig es war, Petersburg während der letzten Monate an. San nur so lange zu haben, wie es für die Feldarmee nötig war, und es dann zu räumen, indem man bemerkt, dort eine beträchtliche Besatzung eingeschlossen, deren Abdrängung die lebendige Kraft unseres Heeres geschwächt hätte.

Der Krieg mit Italien. Oesterreichischer Bericht.

Wien, 23. Aug. Amtlich wird verlautbart vom 23. August, mittags:

Auch gestern schlugen unsere Truppen mehrere Angriffe der Italiener gegen die Hochflächen von Oberdo ab. Stellenweise kam es wieder zum Handgemenge. Vieles verlor sich der Gegner nimmehr methodisch an unsere Verteidigungslinien heranzuarbeiten. Der Brückenkopf von Tokwein stand nachmittags unter Artillerie-Schnellfeuer. Hierauf griff die feindliche Infanterie bis in die Nacht hinein wiederholt vergeblich an. Sie erlitt schwere Verluste. An den übrigen Fronten hat sich nichts Besonderes ereignet. Das Feuer der schweren Artillerie auf unsere Tiroler Werke ließ zeitweilig nach.

Seute ist ein Vierteljahr seit der Kriegserklärung unseres einseitigen Verbündeten verlossen. Die ungezählten Angriffe des italienischen Heeres haben nirgends ihr Ziel erreicht. Wohl aber kosteten sie dem Feind ungeheure Opfer. Unsere Truppen halten nach wie vor unsere Stellungen an und nahe der Grenze.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs: v. Höfer, Feldmarschalleutnant.

Vom Balkan-Kriegsschauplatz.

Landung der Engländer in Saloniki.

Wien, 23. Aug. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Saloniki: Das offizielle Organ „Meri“ berichtet, daß nördlich von Saloniki englische Truppen landeten. Kurz darauf wurden griechische Truppen dorthin beordert, die die sämtlichen Engländer entwaffneten und nach Saloniki brachten. Englisch-französische Truppen werden augenblicklich bald Kreta besetzen. Man schließt dies daraus, daß vorgestern in der Sudabai drei französische Torpedojäger ankamen. In den nächsten Tagen erwartet man noch das Eintreffen von mehreren englischen und französischen Schiffseinheiten. Viele Einwohner Salonikis flüchteten aus Angst vor der englischen Invasion nach Athen. Es wurde festgestellt, daß zahlreiche englische Offiziere bei Einkäufen in Saloniki die Bevölkerung auf die englische Besetzung vorbereiteten, indem sie dort erzählten, wie gut es die Einwohner von Saloniki unter englischer Herrschaft haben würden. Die in Saloniki anwesenden fremdländischen Konsuln protestierten gegen diese Miniarbeit der Engländer.

Sonstige Kriegsnachrichten.

Die französische Ministerkrise.

Prekestimmen.

Paris, 23. Aug. Die Presse beschäftigt sich heute eingehend mit der Rede Millerands und gibt zu, daß in gewöhnlichen Zeiten Grund für einen Kabineitswechsel vorhanden wäre. Die ganze rechtsstehende Presse und einige linksstehende Blätter erklären, man müsse jetzt um jeden Preis einen Ministerwechsel vermeiden, denn die Autorität der Regierung und das Ansehen des Parlamentes ständen auf dem Spiele. Die rechtsstehende Presse nimmt gegen die geheime in Sitzung Stellung, denn die augenblickliche Lage rechtfertige eine so ernste Aenderung der parlamentarischen Gebräuche nicht. Einige Blätter, darunter der „Figaro“, befürchten, daß die Rinde die geheimen Sitzungen dazu benützen werde, um unter dem Deckmantel der Interessen des Landes gewissen Ministern und Verwaltungszweigen den Prozeß zu machen.

„Liberte“ und „Guerre Sociale“ behaupten, daß durch die Vertagung der Sitzung auf Donnerstag die Krise um acht Tage verlängert worden sei. Man habe genug von der schwülen Atmosphäre, die seit Tagen auf dem Lande lafte. Es wäre besser gewesen, die Frage des Ministerwechsels sofort zu erledigen, denn jede Lösung sei der nervenzerstörenden Ungewißheit vorzuziehen. Die linksstehende Presse, besonders „Gummité“ und „Clemenceau im „Comme Enchainé“ (der zum ersten Male wieder erscheint) vertritt die Ansicht, daß das Parlament nicht auf sein Recht verzichten dürfe; selbst die Erwägung, daß ein Ministerwechsel im Inlande und Auslande einen peinlichen Eindruck hervorrufen werde, dürfe das Parlament nicht davon abhalten, von seinen Rechten Gebrauch zu machen. Nicht Parteinteressen, sondern die Interessen des Landes forderten die Kontrolle der Kritik des Parlaments; zur Erörterung aller dieser schwebenden Fragen sei das geheime Komitee das geeignete Mittel.

Das unsichere London.

Wien, 23. Aug. Nach Mitteilung der Blätter wird die englische Königsfamilie in nächster Zeit ihren Wohnsitz nach Nordengland verlegen. Diese Tatsache wird mit der Wirkung der letzten Beppeleinangriffe in Verbindung gebracht.

Eine italienische Zwangsanleihe in Aussicht.

Genf, 22. Aug. Der „Frankfurter Zeitung“ wird von ihrem Genfer Korrespondenten telegraphiert: Wie ich zuverlässig höre, sind die Verhandlungen Italiens in London behufs Geldbeschaffung auf dem toten Punkt angelangt. Das Schicksal ist mit den fälligen Zahlungen stark rückständig und erwägt die Ausgabe einer Zwangsanleihe.

Das Kabinett Venizelos.

Athen, 23. Aug. „Agence d'Athènes“ bestätigt, daß Venizelos vom König mit der Kabinettsbildung betraut wurde. Wie verlautet, wird Venizelos im neuen Kabinett das Ministerium des Äußern übernehmen.

Athen, 23. Aug. Das neue Kabinett umfaßt, der „Agence Havas“ zufolge, beinahe alle alten Minister des ersten Kabinetts Venizelos. Venizelos übernimmt wieder das Ministerium des Äußern, das Kriegsministerium Danolis, die Marine Miaulis, die Finanzen Repulis, das Innere Savigianos, Justiz Kastiban, Verkehr Dianantidis, Unterricht und Kultus Tirimolos, Volkswirtschaft Michalakopoulos.

Roosevelt als Helfer.

London, 23. Aug. Neuer Bericht aus New York: Die Klätter enthalten eine Erklärung Roosevelts, in der er sagt:

Er hoffe von Herzen, daß die Regierung nicht zum Abschluß der diplomatischen Beziehungen schreiten werde. Das wäre eine neue Kränkung der Ehre und der Interessen Amerikas. Die Februar-Note des Präsidenten Wilson sei ausgezeichnet gewesen. Wenn man sich nur daran gehalten hätte. Aber alle folgenden seien das Produkt der Schwachheit und Schüchternheit. Die Verletzung der „Lusitania“ und der „Arabic“, die Angriffe auf die „Gullflight“ und „Galaba“ und ähnliche Vorfälle seien die anmaßende Antwort gewesen, die durch diese Schwachheit herbeigeführt worden sei. Deutschland werde sich wenig um den Abbruch der diplomatischen Beziehungen kümmern, denn die Zeit, wo Worte an das Volk hätten geschickt werden müssen, sei lange vorbei. Es sei unbegreiflich, daß die Erben der Leberlieferung Washingtons und Vincos und die Mitglieder der Regierung nicht einsehen, daß die Zeit zu Taten gekommen sei. Was jetzt geschehen sei, sei ein neuer Beweis der Unfähigkeit des amerikanischen Volkes, das nicht vor dreizehn Monaten darauf drang, mit aktiven militärischen Vorbereitungen zu beginnen.

Das Ende der „Republik“ China.

London, 22. Aug. Aus Tientsin wird gemeldet: Die Bewegung zu Gunsten der Umwandlung der Republik in eine konstitutionelle Monarchie, die mehrere Monate im Geheimen betrieben worden war, wird nun öffentlich geführt. Verschiedene chinesische Zeitungen in Peking unterstützen diese Bewegung, ebenso begünstigen sie die militärischen Leiter. Es ist nicht wahrscheinlich, daß sich irgend welche Opposition geltend machen wird, wenn die Umwälzung vollzogen werden sollte. In der Tat würde dies auch keine allzugroße Veränderung bedeuten, da der Präsident die Befugnisse eines konstitutionellen Monarchen, einschließlich des Rechtes, seinen Nachfolger zu ernennen, besitzt. Einige ausländische Autoritäten erachten diesen Wandel für wünschenswert, um beim Tode des Präsidenten eine Revolution zu verhindern. Die Nation selbst verhält sich gleichgültig dagegen, daß der Herrscher einen anderen Titel annehmen soll, wenn nur der Friede gewahrt wird.

Der Wechsel-Übergang.

Bei ihrem Rückzug in der zweiten Hälfte des Juli aus Westpolen fanden die Russen in den Festungen Jwanigorod und Warschau und der sie verbindenden Weichsellinie eine feste Aufzucht; den nachrückenden deutschen Truppen war zunächst Halt geboten. Dieser Halt durfte aber nicht lange währen, um dem Feinde die Möglichkeit zu nehmen, die Waage seiner hinter die Weichsel zurückgezogenen Kräfte an anderer Stelle gegen eine unserer Heeresgruppen auf den Flügel einzulegen. Ein Angriff auf Jwanigorod konnte nach dem Erfolg in diesem Sinne nicht bringen, denn die Eigenart der Festung ist so gerade, daß ihre Verteidiger mit schwachen Kräften auskommt. Daher beschloß die Heeresleitung den gewaltsamen Wechsel-Übergang nördlich Jwanigorod in der Gegend der Radomka-Windung. Zur Ausführung wurden die deutschen Truppen der Armeeabteilung Wörich bestimmt, die bisher gegen Jwanigorod standen. Sie mußten demnach wesentlich nach Norden verschoben werden. Eine derartige Seitenwärtsbewegung für Truppen stellt hohe Anforderungen an alle Befehlshaber. Der Rückwärtsmarsch war in diesem Falle besonders schwierig, weil er schnell erfolgen und in diesem Falle besonders rasch sein mußte, da sonst nicht darauf zu rechnen war, den Feind zu überholen. In der Weichselübergang lag der Schwerpunkt und die Aussicht auf Erfolg.

Die endlichen Maßregeln zur Weichselübergang des Heeres wurden getroffen. Alle Bewohner im weiteren Bereiche der Weichselübergang mußten ihre Dörfer räumen, von denen allerdings die Russen nur wenige übrig gelassen hatten. Das meiste war planvoller Brandstiftung anheimgefallen. Die Aufgehörten in letzter Zeit immer noch nach dem Rezept von 1812. Eingehende Untersuchungen nach verdächtigem feindlichen Betrugsbeweißen fanden statt, allerdings ohne Erfolg, so daß der Führer nie ganz die Sorge verlor, die Russen würden doch Kenntnis von dem Unternehmen erhalten.

Die Heeresleitung Wörich hatte den Führer des Landwehrkorps, General der Kavallerie Freiherr v. König, mit Anweisungen versehen, ihm die Ausführung des Weichselübergangs übertragen und die nötigen Hilfsmittel, namentlich zahlreiche Weichselboote, auch solche unserer Verbündeten, überwiesen, die während der Leitung ihres unermüdbaren Fußmarsches, des I. u. II. Weichselübergangs, die Weichsel betreten.

Am 23. Juli abends waren alle Vorbereitungen fertig: Entladung der Artilleriewerke für die Pontons zu den zehn Weichselstellen, die in mehreren Gruppen in zierlicher Entfaltung voneinander gewälzt waren, damit, wenn der Übergang an einer Stelle nicht gelang, dieser an einer anderen gescheitert wurde. Bereitstellung der Infanterie und Artillerie, sobald sie ohne Kränkung nach den Weichselstellen erreichen konnten. Besprechungen mit den höheren Kommandanten und Offizieren hatten im Hauptquartier des Fußmarsches stattgefunden und alles war bis auf die kleinsten Nebenumstände geregelt.

Am 23. Juli um 130 Uhr morgens sollten an allen Stellen die Truppen das Weichselufer erreicht haben, um sofort mit dem Weichselübergang zu beginnen. Die Weichsel hat in dieser Gegend eine durchschnittliche Breite von 1000 Meter. Zahlreiche Sandbänke durchziehen sie, so daß für Pontons die Gefahr eines Auslaufens bestand.

Die der Feind hinter dem Flusse stand, in welcher Stärke, welcher Artilleriebesetzung, war völlig unbekannt. Es galt einen Stoß ins Dunkel zu führen. Bezüglich der Sperrung. Bei einem Stoß unter günstigen Verhältnissen erwies sich, daß solche allmählich einwirkend der langsame bevorstehende Übergang. Bei einem Flußübergang legt die Kommandanten der besten Spannung ein. Eine knappe halbe Stunde lang die Übergangsbereitungen. Es gibt nur ein Ende —

Oder. Entweder man erreicht das gegenseitige Ufer und behauptet sich auf ihm, oder die Truppen erhalten beim Uebersehen derartiges Feuer, daß sie nicht hinüberkommen, oder — was noch schlimmer ist — der starke Feind wirft die zuerst übergesetzten Truppen, die notgemäß nur schwach sind, in den Strom zurück, was gleichbedeutend mit Vernichtung ist. Die begreifliche Spannung wurde noch vermehrt durch das Dunkel der Nacht und den fehlenden Besprechungen, durch die völlige Lautlosigkeit, die dem Sprunge vorausging.

130 vormittags. Jetzt brechen überall die Truppen aus den letzten Deckungen am Ufer hervor. Höchste Kraftanstrengung bringt die schwächeren Pontons schnell vorwärts. Jetzt wird das Wasser erreicht, jetzt stehen sie ab. . . . Noch alles ruhig, ein gutes Zeichen. . . . 146. Möglichst stark einsetzende Artilleriefeuer. Der Feind ist an einer Stelle also aufmerksam geworden, und bei seinen ersten Schüssen hat unsere bereitstehende Artillerie das Feuer gegen das feindliche Ufer aufgenommen, dadurch der noch im Uebersehen befindlichen Infanterie einen wirksamen Feuerdruck gebend.

Endlich löst sich die Spannung: Die erste Wellung trifft ein. Soeben kehren die Pontons zurück, die erste Staffel ist hinüber. Man atmet auf. Nun sind wir drüben. Und wo die Armeeabteilung Wörich einmal Fuß gefaßt hat, da hält sie. Nun sind wir drüben. Dieser Gedanke lehnt immer wieder, verstärkt sich immer mehr bei jeder neuen Wellung, daß ein weiteres Battalion übergesetzt ist. Es ist hell geworden, unsere Artillerie spricht jetzt entscheidend mit bei den Kämpfen, die den letzten Widerstand des übergesetzten Feindes brechen sollen.

Die ersten 200 Gefangenen werden gemeldet. Alles geht gut. Aber ein unerwartet schwerer Kampf liegt noch vor uns. Wohl überzogen sind die feindlichen Sicherungstruppen unmittelbar am Ufer. Seine Kräfte werden rüchert gibt es aber noch zu schlagen. Wie gefährlich dem Feinde unser Durchbruch seiner von ihm für unüberwindlich gehaltenen Stromsperre erschien, erkannte man bald. Aus Jwanigorod und Warschau und von Lublin raste er immer mehr Truppen zusammen, um uns wieder zurückzuwerfen. War auch der Feind überlegen, er mußte trotzdem angegriffen werden, denn der Brückenkopf mußte bereit erweitert werden, daß die Stellen, wo wir den Brückenbau begannen, vor feindlichem Feuer gesichert waren.

Noch ungelungen Kämpfen ist der Besitz des Brückenkopfes voll gesichert, der Feind von Stellung zu Stellung geworfen, seine Artillerie zerstört.

Angewiesen hatten die unter Führung des Generals der Infanterie von Koebeß stehenden österreichisch-ungarischen Truppen der Armeeabteilung einen großen Erfolg vor Jwanigorod errungen. Sie hatten die sehr stark ausgebaute und sehr verteidigte Festungsstellung durchbrochen und dem auf das Ufer flüchtenden Gegner noch 200 Gefangene und 32 Geschütze abgenommen. Die größte Gemutigung nach aber den Truppen der Armeeabteilung zuteil, als bekannt wird, daß die Russen einen Tag nach dem Weichselübergang mit der allmächtigen Armee Jwanigorods begonnen haben und im Besitz sind, die Warschau bedende Monarchie und die Lubliner Stellung aufzugeben. So hat also die Bewegung der Weichsel einen großen Einfluß auf weite Teile der Front ausgeübt.

Deutsche Politik.

Militärfragen vor der Budgetkommission.

In ihrer Sitzung vom Samstag befaßte sich die Budgetkommission mit zwei sozialdemokratischen Anträgen, deren erster verlangt:

1. den Bundesrat zu ersuchen, die Bundesratsverordnung vom 14. Januar 1915 über die Vertretung der Kriegsteilnehmer in bürgerlichen Streitigkeiten aufzuheben;
2. dem Bundesrat anheimzugeben, eine neue Verordnung dahin zu erlassen, daß die Bestellung eines Vertreter und die Fortsetzung eines Verfahrens nur zulässig ist, wenn es sich um Kriegsteilnehmer handelt, die „ungeachtet günstiger wirtschaftlicher Lage“ böswillig die Zahlung unbeschränkter Verbindlichkeiten verweigern;

Der zweite Antrag fordert: Das Gesetz, betreffend den Schutz der in Folge des Krieges an Wahrnehmung ihrer Rechte behinderten Personen vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzl. S. 833) wird dahin geändert, daß in § 2 Ziffer 1 die Worte „mobilen oder gegen den Feind benutzenden“ gestrichelt werden.

Hg. Stadtrath begründete beide Anträge sehr eingehend, indem er an der Hand treffender Beispiele aus dem praktischen Leben nachwies, daß der gegenwärtige Zustand unhaltbar sei. Wegen eines im Felde stehenden Soldaten kann heute ein Verfahren eingeleitet werden, ohne daß er überhaupt Kenntnis davon hat.

Nach lebhafter Debatte wurde der erste Antrag abgelehnt, der zweite dagegen angenommen. Das Gesetz vom 4. August 1914 bezieht sich also jetzt auf alle eingezogenen Mannschaften, also z. B. auch auf die Landsturmmänner, die zur Verwendung von Gefangenenlagern verwendet werden. Im Anschluß daran begann die Beratung der Abänderung des Militärstrafgesetzes. Für die Sozialdemokraten sprachen die Genossen Stülden und Dr. Südekum. Die Verhandlungen wurden für streng vertraulich erklärt. Der Bescheid wurde angenommen.

Die Kommission trat dann in die Beratungen anderer Fragen militärischer Art ein. Auch diese Verhandlungen waren vertraulich.

Die Enthüllungen aus den belgischen Archiven.

Nach Meldungen aus Havre beschäftigt die belgische Regierung auf die letzten deutschen Enthüllungen aus den belgischen Archiven in der Form eines dritten Graubuchs öffentlich zu antworten.

Badische Politik.

Erweiterung der Feuerungszulage der Staatsarbeiter usw.

Am 20. Juni d. J. ist bekanntlich mitgeteilt worden, daß mit Rücksicht auf die in Folge des Krieges eingetretene Feuerung der Lebenshaltung den ständigen Arbeitern der Staatsverwaltung, die verheiratet, verwitwet oder geschieden sind und Kinder haben, für die Monate Juni bis einschließlich September d. J. besondere, nach den Wohnorten und der Kinderzahl abgestufte monatliche Feuerungszulagen neben dem Lohn gewährt werden, soweit das monatliche Dienstverdienst weniger als 130 M. beträgt, und daß aus den gleichen Rücksichten die verfassungsmäßigen Bediensteten, die nichtamtshilfigen und die einkommensschwachen Beamten sowie die Lehrer unter den gleichen persönlichen Verhältnissen und bei einem monatlichen Dienstverdienst von ebenfalls weniger als 130 M. für die gleichen Monate im Falle der Einkommensschwäche auf Antrag ihrer vorgesetzten Behörde Zulagen in gleicher Höhe und nach den gleichen Grundrücksichten wie die ständigen Arbeiter erhalten. Diese Bestimmungen sind zum Zwecke der Berücksichtigung vorgetragener Wünsche und der besonderen Verhältnisse in den größeren Städten durch den Reichsausschuß für die Feuerungszulagen und Zulagen nach dem letzter bekannt gegebenen Schema für die Monate August

und September d. J. auch denjenigen verheirateten, verwitwet oder geschiedenen Arbeitern, Bediensteten und Beamten mit Kindern gewährt werden, deren monatliches Dienstverkommen an Dienstorten der ersten Ortsgruppe nicht mehr als 138 M. und in Mannheim nicht mehr als 146 M. beträgt.

Kriegsteilnehmer aus der badischen Lehrerschaft.

Nach einer statistischen Erhebung des Bad. Lehrervereins sind von den badischen Volksschullehrern 2336 zum Bezie eingezogen. Hierzu kommen noch 680 Seminaristen, die als Kriegsfreiwillige meist schon zu Beginn des Krieges zu den Fronten eilten. Von diesen sind bereits eine große Anzahl zu Offizieren befördert und 166 mit dem Eisernen Kreuz und nahezu hundert mit andern Orden ausgezeichnet worden. Leider sind auch schon über 300 auf dem Felde der Ehre geblieben.

Es ist klar, daß eine solche starke Entziehung von Lehrkräften auf den allgemeinen Unterrichtsbetrieb von großem Einfluß sein mußte, es gereicht aber sowohl der Umsicht des Unterrichtsministeriums, wie der Leistungsfähigkeit der badischen Lehrerschaft zur Ehre, daß im allgemeinen der Unterricht im ganzen Lande einen fast ungestörten Verlauf nehmen konnte; durch Einstellung weiblicher Lehrkräfte, hauptsächlich aber infolge der Uebernahme mehrerer Klassen durch die zurückgebliebenen Lehrer, konnte dies erreicht werden. Daß dies eine ganz ungemein erhöhte Arbeitsleistung erfordert, ist klar; aber die badische Lehrerschaft sieht auch hierin Kriegsdienst und hat deshalb gern und froh die Lasten auf ihre Schultern genommen, gibt es doch gerade in dieser schweren Zeit, wo so vielfach die Väter zu Hause fehlen, der Jugend besondere Aufmerksamkeit und Sorgfalt zu schenken und sie in dem Geiste vaterländischen Denkens, Fühlens und Handelns zu erziehen.

* Singen, 23. Aug. Gemeinderat und Gärtnereiverband Hermann Schmid, der im Oberloch als Biegefeldmehel in einem Armierungsbataillon Dienste tat, wurde durch einen Augenblick schwer verwundet und ist jetzt seinen Verletzungen erlegen. In Würdigung der großen Verdienste des Verstorbenen in der Entwicklung unserer Stadt beschloß der Gemeinderat, die vorläufige Bestattung und die spätere Ueberführung des Verstorbenen nach Singen wie auch die Beisetzung als Gemeindegemeinschaft zu betrachten. Eine Abordnung des Gemeindevorstandes wird an der Bestattung teilnehmen, falls die nachgesuchte militärische Genehmigung hierzu erteilt wird. Der Verlebte vertrat in den Landtagen von 1909/10 und 1911/12 den Wahlkreis 5 (Engen-Konstanz) und von 1911 bis 1912 den 1. badischen Wahlkreis (Konstanz-Wehringen) im deutschen Reichstage. Er gehörte der nationalliberalen Partei an.

Aus dem Lande.

* Mannheim, 23. Aug. Zwei Soldaten von einer Flieger-Ersatzabteilung machten gestern abend zwischen 7 und 8 Uhr eine Rahnfahrt auf dem Neckar. Sie gerieten in die Strömung des Hochwasserlaufs und versuchten am das Land zu springen. Beide fielen in das Wasser. Der eine konnte sich retten, der andere ertrank. Die Leiche ist noch nicht geborgen.

* Mannheim, 23. Aug. In der vergangenen Nacht gegen 11 Uhr starb an den Folgen eines Herzleidens im Alter von 53 Jahren der Stadtverordnete Rudolf Kramer. Der Verstorbene machte gestern nachmittag gesund und munter einen Spaziergang im Friedrichspark. Politisch zählte sich Kramer zu der nationalliberalen Partei.

* Bühl, 23. Aug. In unserer Gegend sehen die Weinberge sehr gut aus. Das nachstehende Wetter der letzten Woche kam viel leicht die Güte des neuen Weines etwas beeinträchtigen und die Weinlese, für die man schon das Ende des Septembers in Aussicht genommen hatte, hinauschieben, dem Weinstand und seinem Behange wird es nicht mehr schaden können. — Die Auswüchsen auf eine gute Fernrohrröhre sind geringer, die Apfelbäume zeigen nur teilweise einen schönen Behang.

* Struth, 23. Aug. In der Schlosserei von Leber geriet beim Nischen einer Maschine der 16jährige Schlosserlehrling Fritz Marx aus Weil in die Transmissionsrolle. Er wurde mehrmals herumgeschleudert und dabei so schwer verletzt, daß sein Tod bereits nach zwei Stunden eintrat.

Zur Lebensmittelversorgung.

* Mannheim, 24. Aug. Trotz der neuen verschärften Marktordnung treibt das Händlerwese auf dem hiesigen Wochenmarkt noch immer seine Wüten. Wie die Mannheimer „Volksstimme“ berichtet, sind es besonders Händler, die vor der festgesetzten Zeit ihre Geschäfte treiben.

* Heidelberg, 24. Aug. In den letzten Tagen wurden auf dem Wohnmarkt in Sandshausheim von Händlern und Aufkäufern für Wohnen Preise geboten und bezahlt, die in gar keinem Verhältnis zu der bisherigen hiesigen Marktlage standen und die vor allem von den Landwirten selbst gar nicht erwartet und verlangt worden waren. Aus diesem Grunde hat das Bezirksamt den Höchstpreis für Wohnen auf 15 Bfg. für das Pfund festgesetzt und den Händlern untersagt, mehr als 5 Bfr. aufzukaufen. Da durch diese Maßnahmen die Gefahr besteht, daß die Lebensmittelversorgung weicher um sich greift und die Sicherheit der Ernährung der Bevölkerung schwer bedroht wird, hat das Bezirksamt erneut schwere Strafen gegen die örtlichen Preisverweigerer der Händler angedroht.

Aus der Stadt.

Karlruhe, 24. August.

Verkehr mit Brotgetreide und Mehl. Das Direktorium der Verwaltungsabteilung der Reichsgetreidestelle hat mit Zustimmung des Kuratoriums auf Grund des § 14 der Bundesratsverordnung über den Verkehr mit Brotgetreide und Mehl aus dem Erntejahr 1915 folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Zur Herstellung von Mehl ist Brotgetreide mindestens bis zu 75 vom Hundert auszumahlen.
2. Die Mehlmengen, die täglich auf den Kopf der Zivilbevölkerung verbrauch werden darf, wird einschließlich der Zulage für die schwerarbeitende Bevölkerung auf 225 Gramm festgesetzt. Die Befugnis des Kommunalverbandes, bei der Unterverteilung dieser Mehlmengen Unterschiede zugunsten der schwer arbeitenden Bevölkerung zu machen, wird hierdurch nicht berührt.
3. Die Menge, die der Selbstverföhrer verwenden darf, wird auf den Kopf und Monat mit 10 Kilogramm Brotgetreide festgesetzt. Dabei entsprechen einem Kilogramm Brotgetreide 750 Gramm Mehl.

Die Beschlüsse treten mit dem 1. September, der Beschluß zu 2 mit dem 15. September 1915 in Kraft.

Die Maßregeln haben sich in der letzten Zeit an verschiedenen Orten wieder herab gemindert, daß erneut auf folgende Punkte beim Sammeln und Zubereiten von Nahrung hingewiesen sei. Der Nährwert der Nahrung wird vielfach übertrieben; sie können vom Körper nur sehr unvollkommen ausgenutzt und verwertet werden. Nahrung, die man nicht genau als ungesund kennt, lasse man beiseite. Man sammle keine ganz jungen Früchte, erst aufreifehenden,

unentwickelten Formen, deren Zugehörigkeit zu einer ganz bestimmten Pilzart noch nicht deutlich erkennbar ist. Angefalle und von Würmern angegriffene Pilze verwenden man nicht, da sich in solchen Exemplaren, auch wenn sie einer unschädlichen Art angehören, leicht Zerfallsvorgänge mit Bildung giftiger Stoffe entwickeln. Man bereite die Pilze bald nach dem Einsammeln zu und wärme sie im Pilzgericht auf. Es ist mehrfach beobachtet worden, daß ein Pilzgericht, das am ersten Tag ganz harmlos war, am zweiten eine giftige Wirkung hatte. Die populären „unsehbaren“ Mittel zur Erkennung giftiger Pilze, wie das Schwarzwerden eines mitgekochten Silbernen Löffels, einer Zwiebel, das Blauanlaufen eines durchschnittenen Pilzes, ein scharfer Geruch, gelbe Farbe usw., sind absolut wertlos und haben schon manchen Menschen das Leben gekostet. Nur die genaue Kenntnis giftiger und ungiftiger Pilze schützt vor Unglück.

*** Vaterländischer Abend.** Der auf letzten Samstag abend im Stadtpark bei günstiger Witterung stattfand, wurde von 3000 Besuchern, die zugunsten der Fürsorge für die Kriegsveteranen ihr Scherlein beitragen wollten, für den musikalischen Teil war eine große Kapelle aus Mitgliedern des Musikvereins „Harmonie“, des Instrumentalvereins und der Militärkapellen der Garnisonen Karlsruhe und Durlach zusammengestellt, die unter der Leitung des Herrn Hugo Rudolph (ehemaliger Korpsführer der Leibgardier-Kapelle) ihre Aufgabe recht gut erfüllte. Der gesangliche Teil wurde vom Gesangsverein „Konfordia“ Karlsruhe unter der Leitung des stellvertret. Chormeisters Herrn Alfred Kammerer bestritten. Sowohl die musikalischen als die gesanglichen Darbietungen mußten als sehr genutzbar bezeichnet werden und wurden dieselben auch jeweils von der aufmerksam lauschenden Menschenmenge mit begeistertem Beifall aufgenommen. Ein sehr stimmungsvolles Bild bot der von zahlreichen roten Papierlaternen umwachte Stadtpark bei der auf dem sich zahlreiche mit Papierlaternen geschmückte Boote tummelten. Da sich die Musiker der verschiedenen Kapellen und Vereine in selbstloser Weise ohne Bezahlung zu dem obigen Werke zur Verfügung stellten, dürfte wohl ein namhafter Betrag erübrigt worden sein.

*** Konferenzen für die Armee.** Die Oberste Heeresleitung sammelt neuerdings auch Konferenzen. Sie werden von der Hauptkommission des Roten Kreuzes, Karlsruhe, Karlsruhe-Friedrichstraße 17, entgegengenommen.

*** Die Rechtshilfe für die Kriegsverwundeten.** Von Rechtsanwält Dr. Cantor lag dem Badischen Roten Kreuz ein Bericht über die von ihm geleitete Rechtsauskunft für Lazarettjungen vor. Es wurde während des ersten Kriegsjahres auf den mannschaftlichen Rechtsgebieten Auskunft erteilt und wo nötig haben Rechtsanwält an auswärtigen Plätzen die Vertretung unentgeltlich in die Hand genommen.

*** Werktag-Nachmittagskonzert.** Heute Dienstag nachmittags von 1/4 7-1/2 Uhr findet bei günstiger Witterung im Stadtpark ein patriotisches Nachmittagskonzert, ausgeführt von der Kapelle des 3. Landsturm-Infanterie-Regiments Karlsruhe statt, für welches der Leiter derselben, Herr Kapellmeister Wolff, ein zeitgemäßes, abwechslungsreiches Programm aufgestellt hat. Bei ungünstiger Witterung fällt das Konzert aus. Näheres im Angezeigenteil.

*** Unfälle.** Am 21. d. M. ereignete sich in der Wohnung eines Gärtners in der Pfandstraße dadurch ein Unfall, daß ein zehnjähriger Knabe mit einem geladenen Gewehr spielte, wobei ein Schuß losging und dessen neunjährigen Schwester in den Rücken eintraf. Das Kind wurde in das städtische Krankenhaus gebracht. — Ein in der Pfandstraße wohnhafter vierjähriger Knabe, welcher an einem Baum epoptetert war, wurde von

einem gleichaltrigen Jungen heruntergezogen, wobei er sich den rechten Unterschenkel brach. Er wurde in das städtische Krankenhaus aufgenommen.

Letzte Nachrichten.

Landtagsergebnisse.

München, 23. Aug. (Priv.-Tel. der „Frkf. Ztg.“) Bei der gestrigen Landtagsergebnisse für den verstorbenen Landtagsabgeordneten Kopp-Franke wurden für Landtagsdirektor Julius Erbelding (lib.) bisher 2031 Stimmen abgegeben. Ein Gegenkandidat war nicht aufgestellt.

Kämpfe zur See.

Berlin, 23. Aug. (Amlsch.) Am 16. August hat ein deutsches Unterseeboot am Eingang des Finnischen Meerbusens ein russisches Hilfsdampfschiff durch einen Torpedoschuss versenkt.

Vor Zeebrügge ist in der Nacht vom 22. zum 23. August ein deutsches Vorpostenboot durch zwei feindliche Zerstörer angegriffen und nach tapferer Gegenwehr zum Sinken gebracht worden. Ein Teil der Besatzung konnte gerettet werden.

Bombardierung der belgischen Küste.

Berlin, 24. Aug. Aus Brüssel meldet der „Berliner Lokalanzeiger“: Gestern früh von 3-8 Uhr wurde die belgische Küste durch eine kleine Anzahl feindlicher Torpedoboote und ein Wasserflugzeug bombardiert. Die Schiffe und das Bombardement waren von Westkapelle aus deutlich erkennbar.

Ein Opfer der U-Boote.

London, 24. Aug. Der britische Dampfer „Martha Edman“ wurde durch ein Unterseeboot versenkt. Die Besatzung ist gerettet.

Zum Tode verurteilte Landesverräter.

Wien, 24. Aug. Nach mehrwöchiger Dauer wurde gestern der Prozeß gegen den Reichsratsabgeordneten Dimitrie Marke, den Oberlandesgerichtsrat Vladimir Kurylowicz, ferner gegen den Advokaten Dr. Cyrill Czerlunozulemicz aus Prag, Dr. Joh. von Brohemileki aus Placow, einen Grundbesitzer und einen Schlossermeister und endlich gegen den Vertreter der „Romoje Wremja“, Dimitrie von Zanzewski, sämtlich Angehörige der russischen Nationalpartei, beendet. Die Angeklagten wurden wegen Hochverrats und Verbrechen gegen die Kriegsmacht des Staates zum Tode durch den Strang verurteilt.

Die Angst in Petersburg.

London, 24. Aug. Der Vertreter des „Daily Chronicle“ meldet aus Petersburg: Die Möglichkeit einer Räumung Petersburgs wird offen erörtert. Die Frage, was man mit den Flüchtlingen anfangen soll, hat einen beunruhigenden Umfang angenommen. Das Vordringen der deutschen Heere hatte zur Folge, daß die Bevölkerung der westlichen Provinzen in stets amwachsendem Strom nach dem Innern des Landes kommt und die

Hilfsquellen der Unterstützungsausschüsse aufs äußerste erschöpft. Semstwo's, litauische, jüdische und lettische Ausschüsse errichten überall Hilfsstellen. Man sucht die Flüchtlinge so viel wie möglich über das ganze Land zu verteilen. Juden dürfen sich jetzt nach den meisten Teilen Rußlands begeben.

Der italienische Bericht.

Rom, 24. Aug. Kriegsbericht vom 23. August, abends 6 Uhr: In dem oberen Gorbeseleale verjuchte der Feind am Nachmittag des 21. d. M. einen plötzlichen Einbruch in unsere Verteidigungslinie des von Col di Lana nach Salese absteigenden Abhangs. Obwohl dem Angriff nachdrückliches Feuer, sowie Beren von Handbomben voranging und ihn unterstühte, wurde er doch vollständig abgeschlagen. Im Abschnitt Talmi in entwicklungslage die Arbeiten zur Entschärfung des Klages in methodischer Weise unter ständiger Fortschreiten. Auf dem Karit setzte eine Heberampelungsaktion unsere Truppen in den Besitz einiger feindlicher, stark ausgebauter Schützengraben, die das Vordringen des linken Flügels unserer Linien verhinerten. Schwache Angriffe, die der Gegner auf dem dem Seibügelgebiet gegenüberliegenden Hügel unternahm, wurden leicht zurückgeschlagen.

Der türkische Bericht.

Konstantinopel, 23. Aug. Der Bericht des Hauptquartiers vom 22. August lautet: Der Feind griff die neue Front bei Anaforta an, aber wir schlugen den Feind durch einen Gegenangriff vollständig zurück und brachten ihm schwere Verluste bei. Bei dem Angriff am 21. August erlitt der Feind gewaltige Verluste. Allein vor einem Teil unserer Gräben zählten wir mehr als 500 Tote und außerdem nahmen wir einen Offizier und eine Anzahl Soldaten gefangen. Vor Ari-Burnu und Sedul-Bahr hat sich nichts Wesentliches ereignet. An der Draffront griffen unsere Truppen eine englische Abteilung an. Sie erbeuteten mehr als 200 Gewehre. An den anderen Fronten ist keine Veränderung eingetreten.

Zur Haltung Bulgariens.

Sofia, 24. Aug. Kriegsminister General Zekow erklärte dem Vertreter der „Neuen Freien Presse“: Das Heer erwartet fastslütig den entscheidenden Augenblick. Es wird seine Pflicht vollkommen erfüllen. Wenn die Türkei die politische Lage und die Bedeutung Bulgariens richtig beurteilt, wird eine Verständigung ohne weiteres möglich sein.

Das türkisch-bulgarische Abkommen perfekt.

Berlin, 24. Aug. Die bulgarische Gesandtschaft empfing gestern von ihrer Regierung ein Telegramm, nach dem die Verhandlungen mit der Türkei abgeschlossen seien. Wie der „Börsen Zeitung“ hierzu aus Sofia berichtet wird, wurde diese Vereinbarung wahrscheinlich am Freitag in Konstantinopel unterzeichnet. Bulgarien verjachtet auf Kritik und erhält dafür Karagösch und von einem gewissen Punkt ab beide Maritauer.

Wasserstand des Rheins.

24. August.
Schusterinsel 2,40 m, gest. 10 cm, Neßl 3,20 m, gest. 20 cm, Magau 4,75 m, gest. 8 cm, Mannheim 3,90 m, gest. 2 cm.

Verantwortlich für Postil, Krieg und Letzte Post: Wilhelm Kolb; für den übrigen Inhalt: Hermann Kadel; für die Inserate: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Gefangverein Bruderbund
Karlsruhe-Mühlburg.

Todes-Anzeige.
Un erwartet schnell verschied heute unser langjähriges Mitglied

Ludwig v. Mu
Malermeister.

Die Beerdigung findet Mittwoch nachmittags 5 Uhr auf dem Mühlburger Friedhof statt.
Um zahlreiche Beteiligung bittet 7407
Der Vorstand.

Trauerbriefe in jeder Ausführung liefert schnell
Buchdruckerei „Volksfreund“.

Stadtpark.
Dienstag, den 24. August ds. Js., nachmittags von 1/4 7-1/2 Uhr:

Großes
Patriotisches Militär-Konzert
ausgeführt von der Kapelle des

3. Landst.-Inf.-Erf.-Bataill. Karlsruhe.
unter der Leitung des Herrn Kapellmeisters G. Wolff.

Eintritt: Inhaber von Jahreskarten und von Kartenbesten sowie Soldaten . . . 80 Pf.
Sonsige Personen . . . 60 „
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
Programm 10 Pf. 7408

Die Musik-Abonnementskarten haben Gültigkeit.
Die Eintrittskarten berechtigen nur zum einmaligen Eintritt.
Bei ungünstiger Witterung fällt das Konzert aus.

Städtisches Vierordtsbad.
Gründlicher Schwimm-Unterricht
auch erteilt an Erwachsene und Kinder beiderlei Geschlechts.
Preis für Erwachsene . . . 10 Mark.
Preis für Kinder . . . 6 Mark. 7060

Sonder-Verkauf
von Samt- und Seidenstoffen

Wollstoffe werden knapp und teuer, tragen Sie daher die ebenso haltbaren dabei billigeren Samte und Seidenstoffe.

Blusenseide M. 2.75, 1.75, 1.50
Grosse Auswahl, glatt und gemustert

Kleiderseide (Halbseide) M. 4.95
doppelt breit
Gute Qualitäten, prachttvolle Farben, auch schwarz.

Grosse Mengen Samt- und Seidenreste
ausreichend für Kleider und Blusen zu besonders niedrigen Preisen.

Tüllstoffe, vorjähr. Muster, farbig, schwarz und elfenbein, weit unter Preis.

Mehle & Schlegel
Kaiserstrasse 124 b
bei der Kaiser-Passage. 7408

Standesbuchauszüge der Stadt Durlach.
Geburt vom 10. Aug.: Oskar, v. Ludwig Burger, Schlosser.
Eheschließung vom 19. Aug.: Karl Johann Rittershofer, Bandwirt, 37. Kanonier, von hier, und Anna Elise Kammerer von hier.
Todesfälle vom 2.-17. Aug.: Stephan Unger, Maurer, ledig, 24 1/2 Jahre alt. Hilba Katharina, v. Christian Heinrich Renzinger, Fabrikarbeiter, 11 Monate alt. August Ley, Kupferpoker, ledig, Landsturmmann, 24 Jahre alt. Josef Häfner, Metzger, Ehemann, Landsturmmann, 41 Jahre alt.

Zur Nichtigstellung! In den Anzeigen der Eheschließungen in Nr. 190 ds. Blattes ist als Stand des Gustav Hambrecht von Widenreute (verehelicht mit Wilhelmine Dürr) Hausburge angegeben. Es wird Wert darauf gelegt, mitzuteilen, daß der Stand des Betreffenden Magaziner ist.

Städt. Nahrungsmittelamt.
Verkauf von

Äpfeln:
Gravensteiner, Gestammter Kardinal, Chalomoosky, bei der alten Eilguthalle zu 12 Pfennig das Pfund am 7404

Dienstag, 24. August, nachmittags 3 Uhr.

Tüchtige
Treileitungs- und Haus-Installations-Monteur
zum sofortigen Eintritt gesucht. 7406

Wilh. Reizer
elektrotechnische Fabrik, Zweigniederlassung Karlsruhe.

Arbeiter! Agitiert für den Volksfreund.

Trauerkleider
färbt rasch und billig

Färberei J. Firnrohr
Kaiserstr. 28. 6991

Umzüge m. Möbelwagen und
Selbstmitthilfe billigst 6881
R. Muffinger Leffingstr. 20
Telefon 1700.

Alle
Druck-Arbeiten
liefert rasch und billig
Druckerei „Volksfreund“
Luisenstrasse 24
Teleph. 128.

Diwans
neue, gr. Auswahl, v. 28, 35 und 40 M. an, hochf. Dessins von 55 M. an. 7395
R. Köhler, Schützenstr. 25.